

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen - Ausgabe

erschint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 4, 149. Telefon: Amt 1. Nr. 1031-1048.

Kredaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Volkatz, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf Hoffe, Berlin SW.

Parlamentarische Klassenjustiz.

von Theodor Barth.

Das Dreiklassenparlament scheidet sich an, eine Handlung zu begehen, die von dem dadurch zunächst Betroffenen, mit einem kräftigen Ausbruch, als ein schamloses Akt parlamentarischer Klassenjustiz bezeichnet wird.

Die Herren Fischhof und Genossen tun sich auf dieses schamlose Mandat noch etwas zugute. In ihren Augen hätte ein unternormales politisches Aufwandsgefühl dazu gehört, auch die rechtlichen Mandate, welche die freireinmündige Volkspartei bei den letzten Wahlen erhalten hatte, durch rechtzeitige Anklage ebenfalls auf Spiel zu setzen.

Man sieht, der Rechtsfall ist von den Klagen unter so opportunistischen Gesichtspunkten behandelt worden, daß niemand den Vorwurf der Gemeinheit gegen sie erheben wird. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat sich für die Ratifikation dieser opportunistischen Rechtsaufassung...

Nun ist es richtig, daß die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses bei den Wahlprüfungen die Zurückhaltung gewisser Protestformen und -fristen vorgehrieben hat. Wahlen, die nicht in vorgezeichneten Formen und Fristen angefochten werden, sind zu gelten, nach § 5 b der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses als definitiv gültig.

Man verlohne uns gefälligst mit der herrschenden Verherrlichung, daß man durch die Geschäftsordnung gebindert ist, die acht bereits für gültig erklärten Landtagsmandate nicht von derselben Wahlprüfung zu unterwerfen, wie die vier sozialdemokratischen Mandate, um die sich der Protestrecht dreht.

oder kein es. Es muß ein Weg gefunden werden, um dieser Alternative Genüge zu leisten. Jedem gesunde Empfinden bäumt sich gegen die geplante Diskrimination auf. Allerdings ist die freireinmündige Volkspartei durch ihren streupfaffen Mandatsbesitzer in eine recht peinliche Lage gebracht worden; ähnlich jener des Nephefs, der durch den Drogenfluß auf der Schwelle den Rückweg ins Freie verlegt fand...

Man kann sich seine wahren Pflichten! In keinem im Großen nicht vernünftig und klug ist es nun im Kleinen an.

Eine Erklärung Kops.

Zu der Zentrumsprelle liest man folgende Erklärung: Gegenüber den wiederholten Behauptungen einiger Tagesblätter erklärt ich im Namen des protestantischen Episkopats:

- 1. daß diesen niemals von der preussischen Staatsregierung eine Erhöhung des Einkommens der katolischen Pfarren auf 4500 Mark angeboten worden ist; 2. daß er, nachdem er sich überzeugt hatte, daß eine Gleichstellung mit den evangelischen Geistlichen nicht zu erreichen war, dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten am 25. Mai 1907 vorzutragte; 3. In diesem Schreiben hat der Episkopat auch nicht unterlassen, auf die unbilligen Gehaltsverhältnisse der Hilfsgeistlichen sowie die gänzlich unzureichende Fürsorge für die ruhebedürftigen Geistlichen ausführlich aufmerksam zu machen.

Die nach der Meinung des Kardinals Herrn Kopp unzureichende Befolgung der Geistlichen und Hilfsgeistlichen und die „gänzlich unzureichende Fürsorge“ für die pensionierten Theologen ist einzig und allein die Schuld der sehr reichen katholischen Kirche. Wir haben schon oft nachgewiesen, über welche ungeheuren Kapitale die „late hand“ verfügt. Die höhere Geistlichkeit lebt mit solchalen Einkünften in übertrieben glänzenden Verhältnissen; es gibt Prälaten die mehrere hunderttausend Mark jährlich beziehen und in prachtvollen Palästen wohnen.

Der Brand in der Gesandtschaft.

Der Kanjil Bekert Mörder und Brandstifter? Eine ebenso überflüssige wie schreckliche Ankündigung scheint jüdt der Brand in der deutschen Gesandtschaft in Santiago de Chile zu finden. Wir haben schon im letzten Abendblatt gemeldet, daß die auf der Brandstätte gefundenen Leiche nicht die des Kanjil Bekert ist, obwohl sie die Kleidungsstücke Bekerts anhatte. Eine nochmalige Untersuchung der Leiche ergab weiter, wie amtlich gemeldet wird, daß dem Geselbe nach der Ermordung nicht mit Bekert identisch ist, vielmehr ist dieser Ermordete der Argentinische Konsul der deutschen Gesandtschaft. Danach liegt der Verdacht einer furchterlichen, durch Bekert begangenen Tat vor. Bekert hat erst den Argentinischen Konsul ermordet, dann die Leiche herab, darauf dem Ermordeten seine Bekert, Bekert angezogen und endlich aufeinander selbst den Brand angezündet.

Im Reichstage

anhörten gestern bei der Beratung eines Nachtragsartikels für die Reichshauptkasse verdrängte Bekert Schmidt nach einer Inanspruchnahme des „Reichskriegsschatzes“ von 120 Millionen. Herr Schöberl aber stellte sich als dräuender Wächter vor den Julisturm und erklärte, daß daraus nichts werden könne. Dann wurde der Etat des Reichsamtes des Inneren weiter beraten. Nach der Erledigung einer Reihe von Kapiteln trat Herr Dr. Gahn, der, wie bekannt, Angestellter des Bundes der Landwirte ist, für die Erhöhung des Heringszolls, einen Zoll auf frische Fische sowie für eine Untersuchung der ausländischen Fänge ein. Natürlich „nur“ im Interesse der deutschen Hochseifischer. Herr Dr. Gahn hat ein weites Netz; heute lebt er die Natur, morgen die Hochseifischergesellschaften, und natürlich aus purer Uneigennützigkeit! Man weiß nicht, was man mehr bemerken oder — gebührend beurteilen soll: die nahezu beiseitige niedrige Einschätzung des Reichstages, dem Herr Dr. Gahn solche Märchen aufzählt, oder die Dreistigkeit, mit der dieser Agitator des Agrarierturns dem arbeitenden Volke die Heringe und frischen Seifische, das letzte Erlahmittel für das Fleisch, verteuern will, nur, um seinen Arbeitgeber einen weiteren materiellen Vorteil zu verschaffen.

Der Kampf um die sozialdemokratischen Mandate.

Der vorgestern und gestern im Abgeordnetenhaus bestritten, ist vorläufig beendet. Wie zu erwarten war, hat das Haus mit erdrückender Mehrheit dem Antrag der Wahlprüfungskommission zugestimmt, die Wahlen der sozialdemokratischen Abgeordneten Wagnan, Heimann, Sirlach und Hoffmann zu beanstanden und die Regierung zu ermahnen, eine amtliche Untersuchung des Magistrats von Berlin darüber herbeizuführen, ob bei den Landtagswahlen in 5., 6., 7. und 12. Berliner Wahlkreise in den Wählerlisten und für die Bildung der Abteilungen innerhalb derselben Wahlbezirke für dieselben Steuerarten verschiedene Steuerjahre berücksichtigt worden sind, und welche Gründe hierfür maßgebend waren. Nach den Ausführungen des Berliner Stadtrats und Abgeordneten Fischhof kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Magistrat die Frage bejahend beantwortet wird, und daß dann die Wahlen falliert werden. Was davon zu halten ist, von Standpunkte der politischen Ansichtsgeltung, das hat in der vorliegenden Nummer an leibender Stelle Dr. Theodor Barth in treffender Weise gelehrt. Auch gestern gingen noch die Wogen der Redebildung hoch. Mit besonderem Behagen ging der Konservativ-Block in den Sozialdemokraten zu, und diese antworteten nicht weniger kräftig. Auch Herr Wachsmann von der freireinmündigen Vereinigung verfuhr sich wieder einmal als — allerdings lausler — Kaiser im Streit. Mit besonderer Empfindung er sich gegen den von den Sozialdemokraten geübten Terrorismus; wir erwarten, daß Herr Wachsmann den schönen Wachsen vor demjenigen Terror äußert, der von seinen konservativen Freunden bei jeder Wahl gewohnheitsmäßig geübt wird. Solange Herr Wachsmann als Kämpfer gegen die Sozialdemokratie wirkte, fehlte ihm der dröhnende Beifall des Hinterchores. Als er aber, nach einem guten Abgang lachend, mit der Forderung des geheimen Wahlrechts schloß, da war es mit der Freundschaft schnell zu Ende. Das Haus beendigte dann noch die Generaldebatte zum Justizetat. Sehr zutreffend verlangte der Abgeordnete Hältin (Zentrum) mehr Rücksichtnahme auf das wartende Publikum in den Gerichtsgebäuden. Als Gemütsmenschen produzierte sich aber derselbe Bekert, indem er die Klagen über harte Urteile gegen Sozialdemokraten mit dem Hinweis auf — Anstand zu entkräften suchte! Nach einigen weiteren Bemerkungen schloß die Debatte mit einer interessanten Rede des Abgeordneten Dr. v. Biji (Sozialist) der freireinmündigen Volkspartei, der bekannten Berliner Strafverteidiger über die Mängel des juristischen Studiums in Preußen. Herr v. Biji will beim Referendariatsexamen den Ersatz der großen Arbeit durch Klauuarbeiten und Teilung der mündlichen Prüfung in verschiedene Stationen. Heute stehen keine Gats, das Pararechtsbefolgung und das Referatsbefolgungsgeß auf der Tagesordnung. Die Einberufung des Reichsrats. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, soll der Reichsrat am 2. und 7. März wieder einberufen werden. Der tschische Landsmannminister Dr. Jacek hat seine Demission gegeben mit Rücksicht auf die Kritik, die vom Reichstagen an dem Ministerium geübt wurde. Das Demissionsgeß wird aber wenigstens nicht erledigt werden.





